

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die halbjährliche Ausgabe 60 Hg. Bestellkarte 1.— M.
Anzeigenannahme in der Redaktion dieses Blattes, Poststraße 10,
bis spätestens vormittags 9 Uhr. Ordre und komplizierte Aufträge
müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Ercheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Vertriebspreis: Durch unsere Geschäftsstelle 5,00 M.
von unserer Post in Post bezahlt 6,00 M. und durch den
Vertriebspreis 10. Einzelnummer 20 Hg.

Vertriebspreis und monatliche Bezüge werden außer in der Ge-
schäftsstelle, Poststraße 10, auch von unseren Boten und allen
Postämtern angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 108

Dienstag, den 13. September 1921.

60. Jahrgang

Die Jagd nach dem Glück.

Den gehobenen Schiefern und Schleifhänd-
lern fließen die Einkünfte seit der Abschaffung
der Umsatzsteuer für Lebensmittel doch nicht mehr
so stark in die weiten Taschen, wie in den letzten Jah-
ren. Sie sind auf Spekulationen und allerlei Falls-
gelegenheiten angewiesen, bei denen der Gewinn nicht
immer „tollfroh“ ist, sondern es öfters auch eine emp-
findliche finanzielle Blaufäule gibt. Zudem erschwert
die ständige Rauberei des Publikums diese Umsätze.
So beherstet sich denn die Spekulation wieder auf das
Börsegeschäft gemorien, obgleich sie von dem kompli-
zierten Bedenken des Börsenspiels kaum eine blasse
Ahnung haben. Aber sie denken, da sie nun einmal
durch ihr weites Schiebereigenen reiche Leute geworden
sind, kommt der nötige Börsenverstand von selbst.
Aber die Markt einem Spiel ohne Regeln und
ohne Krone gleicht, so lässt sich alles, was Geld hat
oder Geld aufbringen kann, auf die Aktien und In-
dustriepapiere, die als Schwärze einen ganz anderen
Kurs haben, und sucht sich daraus Gewinn zu schaf-
fen. Ein bescheidener Kapitalist mit soliden Grund-
stücken muß hungern, darum stellt die Erbschaft mit
den Aktien an der Börse für viele die rettende Jagd
nach dem Glück dar. Die Konjunktur begünstigt die-
sen Launen, dieses Spiel in dem ebenfalls verarm-
ten Deutschland, in dem ganze Vermögen auf die eine
Karte einer blinden Hoffnung gesetzt werden. Was
die Weltkonjunktur in verhältnismäßig kleinem Maßstabe
man, das stellt die Rauberei an der Börse im Kleinen
großen dar.

Schieber und Schleifhändler waren die Abwan-
dler an der Börse, ihnen sind ganze Millionen
von Deuten geflohen, die Verzweiflung und Ausichtslos-
keit auf Verbesserung ihrer Lage zu diesem Juge der
Wirtschaft getrieben haben. Und wenn man jedem
das Beste wünscht, so ist dieses Wohlsein doch
eine Kränkel zu nennen, ein Ängst für die Leute
die sich haben mit fortziehen lassen, und ein Ängst
noch weit mehr für das Deutsche Reich. Es ist ganz
ausgeschlossen, daß der heutige Niederverdienst auf dem
Papier sich in die Wirklichkeit übertragen läßt. Wenn
mit einem Male die vielen Spekulationen ihren Wert
der heute im Wertverlust ihrer Aktien, besteht, ist
gutes Geld umzuwandeln wollen, so ist der Krach da.
Und schließt die Konjunktur um, dann ist überaus nicht
zu helfen.

Die deutsche Reichssteuerlast könnte sich aus die-
sen Geminnen der Steuerflüchtigen, so sollte man
meinen, große Erträge holen, aber es ist die Frage,
ob sie viel davon erhält. Wer sich an dieser tollen
Jagd nach dem Glück beteiligt, der wird auch sein er-
beutetes Geld nach Möglichkeit vor den Krallen des
Fiskus zu retten suchen, falls es nicht schon vorher
heißt: „Wie gewonnen, so zerronnen!“ Ebenfalls ist
ein erheblicher Teil des noch vorhandenen Geldes unserer
Nationalbankiers dem Gefahre des Verschwindens aus-
gesetzt, und wir können nichts von dem entnehmen,
was wir noch haben. Unsere großen deutschen Establish-
ments sind solide, aber der überzogene Wert, den
ihren Aktien das Publikum in seinem Spekulations-
wahnsinn gegeben hat, kann nicht für Zeiten der Ruhe
und der Besonnenheit bestehen bleiben. Das über
den normalen Wert hinaus bezahlte Geld, das dann
verloren, und die Jagd nach dem Glück endet mit
einem trüben Salats. Wm.

Unter feindlichem Joch.

Französische Annahmen in Ostpreußen.
Der Oberbürgermeister von Duisburg erhielt fol-
gende Mitteilung des dortigen Orts-Delegierten, die
berechtigtes Aufsehen erregt:

„Eine Verordnung des kommandierenden Generals
des Westpreussens lautet, teils ich ergeht mit,
daß von jetzt an alle Beamten, die nun ernannt werden,
aus dem besetzten Gebiet der Westpreußen kommen
müssen. Abgesehen von ganz besonderen Einzelfällen wer-
den in dem besetzten Ost- und Westpreußen, Verzeu-
gen, Verbrechen usw. von Beamten, die aus diesen
Gebieten kommen, bestraft werden. Es wäre Ihnen
dankebar, wenn Sie diese Entscheidung zur Kenntnis der
in Frage kommenden Behörden bringen wollten.“

zurückziehung der belgischen Truppen aus den Ruhr- städten.

Die 12 000 Mann belgischer Truppen, die sich seit
der Londoner Konferenz im besetzten Gebiet in Deutsch-
land befanden, und für die eventuelle Besetzung des
Ruhrgebietes bestimmt waren, werden am 15. Septem-
ber nach Belgien zurückziehen.

Kritische Verhältnisse in der Rheinpfalz.

Erste Nachrichten liegen aus der Pfalz vor. Den
„Münchener Neuesten Nachrichten“ wird mitgeteilt, daß
der Ortsausschuß Ludwigsbühlens des Allgemeinen Deutschen
Gewerkschaftsbundes und des Sozialdemokratischen
Parteiverbandes der Pfalz eine Konferenz ab-

gehalten haben, in der unter Vorhanden mit dem Ge-
neralstreik der Kreisregierung der Pfalz ein Ultimatum
auf sofortige Freilassung der in Speyer noch verhafteten
Kommissionen gestellt wurde. Anlässlich sind die
noch Inhaftierten freigelassen worden. Damit ist der
beabsichtigte Generalstreik gegenstandslos geworden. Er-
schwert wird aber die Lage der Pfalz dadurch, daß die
radikalen Elemente in fähiger Fühlung mit der fran-
zösischen Besatzungsmacht stehen. Die Lage sei für
die Pfalz heute gefährlicher als in den Juni-Tagen
1919.

Eine Verordnung der französischen Besatzungs-
behörde erklärt, die Speyerer Polizeimannschaft für ab-
gefeht, da sie unfähig sei, Ruhe und Ordnung
aufrechtzuerhalten. Die Polizeigewalt geht ab 8. Sep-
tember auf die Besatzungstruppen über. Nach den
französischen Besatzungsbefehlen wird gefordert, um
sich den französischen Besatzungsbehörden „zur Verfü-
gung“ zu stellen.

Erzählen de Met.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, verließ die
französische Regierung dem Provinzial-Beauftragten
der Pfalz, General de Metz, in Anerkennung seiner
„Berdienste“ um die „irrefühliche Durchdringung der
Pfalz“ das Prädikat „Erzählen de Metz“.

Neue Ausflüchte wegen der Sanktionen.

Ein Telegramm des „Reichs-Parlaments“ aus Mainz
läßt die Möglichkeit voraussehen, daß die wirtschaftlichen
Sanktionen noch nicht am 15. September aufgehoben
werden, und zwar weil Deutschland noch nicht in zu-
friedenstellender Weise auf die Entziehung des Ober-
sten Rates geantwortet habe. Es sei nachdrücklich, daß
deshalb eine neue Note an die Reichsregierung ge-
samt werde. Auf alle Fälle wisse man noch nicht,
ob Deutschland die Vor schläge des Obersten Rates ohne
weiteres annimmt. Wenn dies bis zum 15. September
nicht der Fall sein sollte, würden die getroffenen
Maßnahmen beibehalten werden.

Bur Lage.

Die Oesterreicher müssen das Burgenland ein-
nehmen. Das Burgenland ist wieder vollständig von den
Deutscheren verlassen worden. Die Bedingungen,
welche die internationalen Militärmissionen in Ober-
burgen für die Besetzung gestellt haben, liegen der Wiener
Regierung sogleich seinen anderen Entschluß übrig.
Zur schwache Gendarmerieabteilungen dürfen einen
Teil des Burgenlandes besetzen und aus dem anderen,
noch in den Händen der Ungarn belassen, dort,
wo die alliierten Missionen an unzulängliche Bewach-
nung trugen, land unangesehene deutsche Gend-
merie, ungarischer Gendmerie und sogar
regulärer ungarischer Militärs. Dabei seien zahlreiche
Gendmerie unter den feindlichen Bewehr- und Ma-
schinengewehrbesitzern und den heimlich glücklichen
Handlungen. Für die Verhaftung großer, von
Offizieren kommandierten Truppen gab Will. Es
ist aber die tapere und gewalttätige deutsche Gend-
merie Gendmerie nicht bestimmt und nicht ge-
segnet. Die für das Burgenland eingeleitete provin-
ziale Regierung unter dem Landesverwalter Dr. Dapp
hat ihren Sitz von Wiener Neustadt nach Wien verlegt,
damit jedenfalls kenntlich gemacht ist, daß von dem
begonnenen Liebesabzug keine Spur mehr be-
stehen ist.

Kritik am Weltkrieg. Die Reden, die auf
der Völkervereinigung gehalten werden, sind
alles andere als Begeisterungswort. Nachdem schon
am ersten Tag der allgemeinen Debatte Branding und
Nord Welt solche Worte fallen ließen, wurde der Geist
der Kritik in den Reden auf der nächsten Sitzung noch
schärfer, besonders in der Rede des Belgiers Kafo-
zaine, der ein erschreckendes Bild von dem Gen d
der Welt zu entwarf, gegen das der Weltkrieg so gut
wie nicht getan habe.

Überall, so führte er aus, herrscht Mord. Sechs Mil-
lionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten, 30 000 Hun-
gernde in England, ein hinfälliges Armenleben, ein Dienst
der Geistes, Griechen, Armen werden einander,
ohne daß die Welt den Mut hat einzugehen, selbst immer
man von jenen Tendenzen, die die Welt bewegen, nicht
im Verzicht des Mutes. Von dem Verzicht selbst stellte der
Redner fest, daß der Weltkrieg seinen Fortschritt gemacht
habe. Die Nationalitäten für den internationalen Verzicht
sind nur zögernd eingetreten. Die Welt ist besetzt
von Mißtrauen in den Mächten, wie auch bei den Agieren-
den. Dieser Eindruck mag der Redner, als er, auf die
mangelhafte Abklärung kommend, ein Bild des Schreckens
eines kommenden Krieges entwarf. Er sprach noch von der
Besatzung Ostpreußen, dessen Gesamtwert er auf über 100
Millarden schätzte, die es — nach Vorkriegsverhältnissen ge-
rechnet — kaum in 5 Jahren abtragen könnte.

Es sprach an diesem Tage dann noch Kanfen
über die Organisation seines Hilfswerkes in England
und der Verleger Waja el Danich, der die oberste Frage
einen europäischen Standart nannte.

Der hat Schuld am Versailler Vertrag? Der
englische Lord Bryce hatte kürzlich in einer Rede im
Westminster Palace als den schuldigen Teil erklärt für
die Zustände, die aus dem Versailler Vertrag entspan-
den sind. Italien habe sich Nationalitätprinzip annehmen
dürfen, weil es dadurch das Nationalitätprinzip ver-
letzt habe. Die Franzosen seien in ihrem blinden
Hass gegen das besiegte Deutschland mitschuldig, daß
ein wirklicher Frieden nicht eintreten könne. Der ita-
lienische Senatspräsident Tittoni hat Lord Bryce ge-
antwortet, daß der ganze Vertrag ein einziges ein-
seitiges Gebot von Versailles gegen das Nationalitätprinzip
sei, daß bei der Vertrag nicht von Italien gemacht, son-
dern von den Besiegten, unter denen England die
bedeutendste Rolle beim Zustandekommen des Vertrages
innehatte. Lord Bryce antwortet darauf und sagt,
wenn die Auffassung Tittonis von dem Versailler Ver-
trag geteilt würde, so bliebe nur eine einzige Mög-
lichkeit übrig, den Versailler Vertrag sobald wie mög-
lich aufzuheben und an seine Stelle einen neuen zu
setzen, der allen Nationalitäten ihr Recht zurückgibt
und sie ihrem Mutterlande wieder zuführt. Die deutsch-
amerikanischen Blätter schreiben zu dem Vorfall von
Lord Bryce, daß sie sein scharfes Urteil einigstimmig
wünschen, aber der Lord möge seine Nation nicht ver-
gessen, der an der Liebesbegeisterung auf dieses Liebes aus
dem Versailler Vertrag die größte Schuld beizumessen
sei. England habe nicht allein mitgeholfen, den Vertrag
durchzusetzen, sondern es habe sich auch bisher
gegen jede Abänderung erklärt.

Der französische Finanzminister auf der Steuer-
frage. Die französischen Zeitungen, die in ihrem Sinne
einen ganz neuen und viel größerer wirtschaftlicher Macht
darstellen, wie ihre Kollegen in Deutschland, denn sie
geben in so manchem Wortschatz den Ausschlag, haben
bei Ende des Weltkrieges gehofft, sie würden nicht
nur ein neue Steuern heruntommen, sondern Deutsch-
land werde mit seiner Kriegsschuldenzahlung ihnen auch
endlich einen Teil der bestehenden Steuern monatlich
zahlen als abzahlen, sie ändern, sie ändern dieser Hoffnung
von allen Militärpräsidenten in Paris beseitigt worden.
Dieser Illusion verdrank Clemenceau nicht zum we-
nigsten seine „guten“ Wägen. Um die französischen
Steuerzahler zu befriedigen, hat die Regierung um
die von Deutschland zu zahlenden Milliarden gestimmt,
zu demselben Zweck freilich. Sie um Durchzuführen, die
heute noch mit England und Belgien um die Verteilung
der ersten deutschen Goldmilliarde. Aber alle
Bemühungen ermöglichen es nicht, die französi-
schen Zeitungen und Steuerzahler gemachten Zusagen
zu erfüllen, der Finanzminister hat ausgerechnet, daß
auch wenn Deutschland seine Zahlungen pünktlich lei-
stet, immer noch 25-30 Milliarden Steuern jährlich aus-
zubringen sind, um ein Defizit zu verdrängen, das die
französische Wägen in Mittelbedeutung ziehen müßte.
Das ist eine sehr weinliche Erklärung für die Fran-
zosen, die als Anhänger von „nationaler“ Rente fast
alle Kapitalisten sind. Was bei uns der Arbeiter zur
Sparfrage trägt, wird in Frankreich in Staatsbanken
angelegt, und jede unglückliche Erklärung verdrängt sich
daher hinter einander. Es ist dem auch jetzt die Fi-
nanzfrage in Paris die erste des Tages, trotz Ober-
schließen, das damit verdrückt ist, und obwohl Deutsch-
land sein Ultimatum angenommen hat. Zu einer all-
gemeinen Welle der Weltwirtschaft durch Gleichzeit-
ung der deutschen Laffen kann Frankreich be-
wegen oder doch nicht entschließen.

Die Spanier gehen vor. Die Offensiv der
Spanier in Marokko hat Ende vergangener Woche be-
gonnen. Nach einer „Matin“-Wiedlung aus London
haben die Spanier nach zehnjährigem Kampf 6000
Mauern, die in der Gegend von Casablanca zusammen-
gekommen waren, in die Stadt geschlagen. Zum
Lager der Mauren soll Uneinigkeit herrschen zwischen
den Führern der Karfas. Der Stamm Beni Uruquiel
hat sich von den Mauren getrennt. General Berenguer
hat den Innerstädtern der Stämme, die sich ergeben
wollten, geantwortet, die Soldaten müßten alle Wun-
den und Wägen absetzen. Die spanischen Truppen
würden das Gebiet dann besetzen und nach weiteren
Wägen durchziehen.

Es haben zu früh gejubelt. Es steht jetzt
fest, daß den Griechen die Einnahme von Ungara
nicht gelungen ist. Auch ihr strategisches Ziel, die
Vernichtung der kemalistischen Armee, haben sie in der
gehörigen Schlacht nicht erreicht. Ein griechischer
Heeresbericht kündigt ferner, daß die „Verlang-
samung“ der weiteren Offensivaktionen an.

Polen. Nach einer Habermessung aus Warschau
haben die Polen ein umfassendes bolschewistisches Komplott,
das in Warschau organisiert worden war, entlarvt. In den
renommierten russischen Kreisen sind ungefähre 20 Bere-
chtungen vorgenommen worden.

Italien. Nach Mailänder Mitteilungen wurde
zwischen Italien und Seren auf die Dauer von 6 Monaten
ein Handelsvertrag abgeschlossen.

Irland. Zwei Verlegen aus Dublin werden die
Stimmen maßgebend die Einladung der englischen Re-
gierung zur Konferenz annehmen.

Beisprechern der Regierungsparteien im Reich.
— Berlin, 11. September. Voraussichtlich werden am Dienstag Abend Beratungen zwischen Reichsregierung und der drei Regierungsparteien stattfinden. Gegenstand der Besprechung wird die innerpolitische Lage sein. Man hofft bis dahin im Besitze einer Entschcheidung der bayerischen Regierung zu sein.

Deutscherich und der Böhmerbund.
Genf, 11. September. In der gestrigen Böhmerbundungsgreif der Österreichische Delegierte Graf Wenzel von Salm-Reifferscheidt-Roos über die schmerzliche wirtschaftliche Lage Österreichs, indem er dabei besonders auf die großen Gefahren hinwies, die sich bei der Entwertung der Banknoten ergeben. Trotz allen Glanzes habe das österreichische Volk aber die Hoffnung auf eine bessere Zukunft noch nicht aufgegeben. Er sei sein bestes Vertrauen auf die von Böhmerbund genante finanzielle Hilfe. Allerdings sei notwendig, daß diese Hilfsaktion bald zu einem Abschluß gelange, denn jeder Tag verzögere die wirtschaftliche und auch die soziale Gefahr. Zum Schluß verleserte Graf Wenzel den Böhmerbund gegen die in der Debatte ausgesprochenen Kritiker. Adorff-Schweiz besorgte dann nach dem von internationaler Schweiz für England, und darauf verlegte man sich auf Bismarck.

* Straßburg. Ein * Obentour verbrachte in Belgien die Gesandten und Angerhume der Böhmer-Schweizer, der Schaden wird auf über eine Million Mark geschätzt.

Das Geschäft mit dem Osen.

Häufiges Ergebnis der Praxenauer Gerbkamelle.

Ueber die in der vergangenen Woche zu Ende gegangene Praxenauer Versteigerung wird uns gefolgt: Rückblicklich kann gesagt werden, daß die nunmehr beendete Warenauktion sowohl für die Veranstalter wie für die Käufer ein völler Erfolg war. Auf allen Gebieten wurden bedeutende Umsätze erzielt. Ein zahlenmäßig genaues Bild läßt sich naturgemäß nicht geben. Durchschnittlich kann wohl festgestellt werden, daß die Auktionserlöse im allgemeinen umfänglich von einer halben Million erzielt haben. Die Gesamtumsätze der Praxenauer Messe dürften 1/4 Millionen Mark betragen.

Die Warenauktionen wurden ungescheitert in Termen gemacht, aber auch Hütten und Schirme erzielten große Umsätze. Auf der Lebensmittel- und Genussmittelmesse herrschte sehr lebhaft Nachfrage nach Tabakwaren, Schokoladen und Keksen. Die Papiermesse erzielte ebenfalls große Umsätze und wurde besonders nach der Tischoff-Schokolade lobende Umsätze tätigen.

Die Nachfrage nach dem Wollwolle haben sich gegenüber früheren Jahren bedeutend vermehrt. Die Tischoff-Schokolade verlorante außer Barmherzigen besondere Fortschritt. Viele Waren, welche die böhmischen Einkäufer begehrten, konnten sie nicht kaufen, da die tschechoslowakische Regierung hierfür keine Einfuhrbewilligungen erteilt. Sobald das deutsch-tschechische Handelsabkommen ratifiziert sein wird, dürfte sich das Geschäft nach dem Wollwolle bedeutend lebhafter gestalten.

Die Ausfuhr nach Polen leidet vor allen Dingen unter dem schlechten Stande der polnischen Mark. Die Kaufkraft der polnischen Geschäftskreise ist dadurch auf dem deutschen Markt sehr geschwächt. Andererseits erteilt die deutsche Regierung für die so sehr begehrten Textilien nach Polen keine Ausfuhrbewilligung. Einige größere Umsätze wurden auch nach Amerika und Japan erzielt.

Die Aufhebung der Handelsbeschränkungen nach England ist unter den heute in ehemaligen Warenreiche herrschenden Verhältnissen nur sehr schwer möglich. Die russische Handelsverwertung auf der Herbstmesse hatte daher auch mehr informativem Charakter. Zu Handelsbeziehungen kam es nicht. Dagegen sind über wichtige Fragen der Warenlieferung und des Kaufkraftbesitzes Erörterungen gepflogen worden, die sich in späterer Zeit auswirken werden.

Auf Burg Dymek.

Noman von Als-Dore Dancker.

[31] Nachdruck verboten.

Er überlag die Wälder, die sie ihm reich, sein Anblick wurde fast sich vor Überdrückung, sie um Augen weichen sich in namenlosen Entsetzen!

„Woher hast du diese Papiere?“ fragte er erregt.
„Doch komm, es ist spät, du brauchst dich erkalten, komm nach Hause zu meinen Eltern — der Vater vor allem muß doch diese Papiere sehen.“

Er ergriß ihre Handfläche und zog ihre Hand durch seinen Arm. Folgt von Diana, die nun um ihre Jagd freude gekommen war. Schritten sie den schmalen Pfadweg nach Einmündung, während Henry mit erregten Worten von dem geheimnisvollen Licht aus ihrer Entdeckung im Tarnzimmer erzählte.

Als sie das stärkste Entschauen betreten, kam ihnen auf der Höhe Eduard's Mutter entgegen, die vom Fenster aus zu ihrem Schwestern ihren Eddart mit ihren jungen Dome fort wieder, aber daß so Arm in Arm mit ihrem Sohn dabei wand, verlegte ihr fast den Atem. — Eduard ließ ihr keine Zeit zur Begrüßung: „Wo ist Vater, komm hinein Mutter!“

In dem gemächlichen Wohnzimmer erhob sich der alte Waderack vom Schreibtisch. „Jost so erlaubt wie seine Frau, ließ er seine Hand über das junge Paar schweben: „Ich bringe euch hier Henry König, meine liebe Braut“, sagte Eddart mit bewegter Stimme, und Henry warf sich laut aufschreckend an das Herz der schlichten, mütterlichen Frau, die ihr die Arme entgegenstreckte.

Als sich die erste Aufregung und Nahrung gelegt hatte, setzte sich der alte Waderack mit den Papieren, die ihm sein

Ungerechtfertigte Zeitungsverbote.

Aufhebung von 6 Zeitungsverböten.

Die erste Sitzung des Reichsverwaltungsrates des Reichsrats für die auf Grund der Ausnahmeverordnung vom 29. August erlassenen Zeitungsverböte hatte das Ergebnis, daß die Verböte von 6 Zeitungen, die gleich am 1. Tage des Inkrafttretens der Verordnung verboten worden waren, als berechtigt anerkannt wurden. Die teilweise recht heftige Debatte, in der der Reichsminister des Innern, Dr. Gradauer, seine Verböte verteidigte, drehte sich hauptsächlich darum, ob der Reichsminister das Recht hatte, der Verordnung richterliche Kraft zu geben. Als Ergebnis der Debatte verordnete schließlich der Reichsverwaltungsrat, folgenden Beschluß des Ausschusses:

„Der Ausschuss hat mit Mehrheit seiner Mitglieder beschlossen: Es kann dahingestellt bleiben, ob nicht schon der Artikel 116 der Reichsverfassung die richterliche Kraft der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 ausschließt. Es kann auch noch dahingestellt bleiben, ob die Verordnung sich eine richterliche Kraft hätte beilegen können. Jedemfalls ist der Ausschuss der Auffassung, daß nach dem Wortlaut der Verordnung Verböte nicht erlassen konnten wegen des Inhalts verbotlicher Zeitungen vor dem Erlass der Verordnung. Das Verbot der betreffenden sechs Zeitungen wird daher aufgehoben.“

Es handelt sich um folgende Zeitungen: „Deutsche Zeitung“, „Deutsches Abendblatt“, „Deutsches Tageblatt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Samburger Wort“ und „Süddeutsche Zeitung“. Diese Zeitungen, die durch das demnach ungerechtfertigte Verbot länger als eine Woche nicht erschienen konnten, haben an den Reichsminister des Innern teilweise recht beträchtliche Schadenersatzansprüche gestellt.

Provinz und Nachbarstaaten.

Zeichern, den 12. September 1921.

— **(Siedlervermittlung.)** Am Sonntag vormittag fand in Barchfelds Gastwirtschaft eine von der Siedlervermittlung Zeichen einberufene aus Angestellten, Arbeitern, Kleinrentnervereinsmitgliedern und Bauernkreisen statt. Die Verhandlung fand in einem freundlichen Rahmen statt. Ein langwieriger Vortrag hielt Siedler Verleger Meisinger über Sachland-Verwaltung. Er legte seinen Ausführungen das Reichsfinanzgesetz vom 11. August 1920 zu Grunde. Mit Rücksicht auf den großen Landruß im Osten und Westen mußte Deutschland die innere Kolonisation betreiben. Das Reichsfinanzgesetz ist ein agrarisches, ein ländliches; es ist für Großstädte nicht durchführbar. Es muß die Voraussetzung des vorhandenen zu besitzenden Grund und Bodens gegeben sein. Es ist unmöglich Land zu bekommen von Heßgen, die weniger als 400 Morgen haben. Der Begriff einer Aderernahrung ist abhängig von irdischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, und der Tüchtigkeit des Besitzers. Eine Aderernahrungsmasse mindert sich 30 Morgen haben. Jeder Arbeiter, auch der zur Miete wohnend, ist selbständig. Die Preisfrage ist eine Streitfrage. Die Grundlage der Entwertung und des zu zahlenden Preises bildet die Selbstanschätzung des Grundbesitzers. Wenn entgegen wird, hat der Siedler Berechtigung, beim abgabepflichtigen Landbesitzer Einsicht in die Selbstanschätzung zu nehmen. Auch besitzt die Siedler das Vorkaufsrecht. Redner sprach dann über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kleinrentnerbetriebe. Eine bäuerliche Kleinrentnerbetriebe erfüllt volkswirtschaftliche Bedeutung, wenn sie mindestens 30 Morgen groß ist. Die wirtschaftlichen Leistungen dieser Kleinrentner bis zu 100 Morgen Landbesitz sind 25 Prozent höher als die des Großgrundbesitzes, aber so verhält es sich mit den finanziellen Leistungen. Die Kleinrentnerbetriebe liefern 85 Prozent mehr als der Großgrundbesitz. Der Kleinrentner trägt nicht die Verantwortung für den Saar. Die Saarwerke, in Verbindung mit der Zuckerfabrik Gerdorf, kaufen in Westfalen und Land auf was zu haben sei und werden bereits bis Bräunow bei Gerdorf. Dadurch wird der Staat um große Posten Steuern gebracht, da die zum Verkauf benutzten Beträge nicht mehr unter die Betriebskasse fallen. Durch diese Verwertung wird der Kleinrentner der Bevölkerung immer mehr der Weg gebahnt. Aber wir müssen uns einen gesunden Markt, Handels- und Arbeitsmarkt mit eigener Scholle bilden und erhalten. Nicht proletarisieren,

Sohn gegeben hatte, in die Sozial und das den Inhalt mit lauter Stimme vor.
„Mein Vater, mein armer Vater“, sagte er erschüttert, das Wort sinken lassend, „wie hat er sich quälen müssen, er und die Mutter, und dabei zu denken, daß diese Zeit oben auf Dymek alles an sich gerissen hat. Wenn nicht eine höhere Macht Henry diese Papiere finden ließ, so wäre wäre wahrlich ein unerträgliches Verbrechen in alle Wände verstreut worden. Es war ja damals so leicht für die Gräfin Dymek, die Unterschlagung zu begehen, denn Votar Nachmüller ist ein wenig. Komme vor dem Urzophthal gestanden. Ich empfinde mich noch genau, wie mein Vater das damals mit Debouera erzählt, denn er hatte ihn, der ihm immer so freundlich gesinnt gewesen, noch um seine Vermittlung zur Erlangung einiger kleiner Familienangelegenheiten wollen.“

„Aber warum nur tante Klarissa das Kobold, das ihr zum Verdacht werden konnte, nicht vernichtete, daß es ihr unangenehm“, sagte Henry erregt.

Der alte Waderack lächelte den Kopf.
„Aber, was einmal dringender hat in den Abgrund menschlicher Verirrungen und Verbrechen, was sich je etwas für Kriminalität interessierte, dem erwidert das gar nicht wunderbar. Du wirst fast immer finden, daß sich der Schuldige durch irgendeine räsonnante Unvorsichtigkeit selbst verurteilt. Und bei der Gräfin Dymek kam vielleicht noch ein anderes hinzu, das in das Gebiet der Pathologie fällt: der Wunsch, die Dokumente, die doch eigentlich ihr ganzes Schicksal enthielten, greifbar zu haben, sie immer wieder ansehen zu können, ihren Haß, das Gefühl des Triumphes über ihre Mache immer wieder neu daran zu ergründen — Kind, wer kann wissen, was alles in dem Herzen dieser Frau vorgegangen, die trotz allem und allem doch aufs tiefste zu beubauern ist.“

pondern entpreletarisierten! Ueber die Frage der Abgabepflicht bestimmt das Reichsfinanzgesetz, daß jedes Gut auf dem der Besitzer nicht seinen Wohnsitz hat, zunächst enteignet werden kann. Zu diesen gehört auch Mittergut Zeuchern. Weiter können die Güter, die in den letzten 30 Jahren vom Großgrundbesitzer aufgekauft worden sind und die Voraussetzungen zur Bewirtschaftung (Schulden, Einkommen usw.) bieten, vom früheren Besitzer oder dessen Erben im Entwertungsvorhaben zurückverlangt werden. Das ist die Aufhebung, die den Zweck hat, möglichst viel Land wieder zu bieten und die Privatwirtschaft zu unterstützen. Zweck des Reichsfinanzgesetzes ist ferner unmaßige Nachpreise zu unterbinden, sowie die sozialen und wirtschaftlichen Gegenstände auszugleichen. Redner erntete für seine Ausführungen großen Beifall. Auf ausgegebenen Zetteln schrieb die Teilnehmer ihren Bedarf an Barchfeld nieder. Mehrere Teilnehmer teilte mit, daß das in freiem Baupreise abgekauft Land zunächst für Siedler und Mieter zurückgehalten werden. Auch wird das Land nicht so billig zu erhalten sein, wie in dem Siedlungsplan vorgesehen ist. Siedler erläuterte in kurzen Ausführungen Zweck und Ziel einer Baugemeinschaft, die sich Errichtung von Häusern durch Selbsthilfe zum Zwecke macht. Eine derartige Baugemeinschaft muß mindestens 30 000 Mk. aufbringen. Sie ist frei von Steuern und sonstigen Gebühren. Die Baugemeinschaften der Bauvereinsvereinsmitglieder sind, daß sie sich selbst an dem Bau ihrer Häuser beteiligen, ein jeder nach seinem Vermögen. Die in letzter Arbeit muß in den Stunden nach seiner beruflichen Arbeit geschehen. Durch diese Mitarbeit werden an jedem Jahre 14 000 — 20 000 Mk. erspart. Das Bauwerk wird auch dadurch bedeutend erleichtert, daß Zinsen nicht einbezogen werden. Die vom Staat zu gebenden Hypotheken sind zu amortisieren. Nach weiterer Ausdrucks bez. der zu gründenden Baugemeinschaft, der sich eine staatliche Zahl Mitglieder meldeten, wurde die Arbeit anregend verlaufene Versammlung geschlossen. Der Gedanke des Siedlers bricht sich immer weiter Bahn. Ein schöner Gedanke, der nur über harte Arbeit geht!

— **Ueber andere bevorstehende Kreisverwaltungsstellen für Ost und Gemälde** findet man auf Schritt und Tritt immer noch recht wenig Verständnis und selbst in den Kreisen, in denen es am wenigsten erwartet werden sollte. Statt der nun an Ausstellungsbereitschaft trifft man vielfach auf eine gewisse Unlust. Die muß aberwunden werden, wenn das Werk gewinnen und den Kreislern loben soll. „Richtigste vorkommen“ darf nicht geben. Und: Unkenntnis der Gesetzgebung vor Strafe nicht. Die für Antimon angelegte Verfassungsumgebung die noch verabschiedet ist, hinfällig. Aufklärung sowohl über die Ausstellungsanfrage, aber wie auch über die von den einzelnen Kreisen zu leistenden Arbeiten zu geben und das Ausstellungsinteresse zu kräftigen und in weitere Kreise zu tragen. Deshalb sind alle Obliegenheiten und Gartenbesitzer, Siedler und Gemäldebesitzer, Obstpflanzler und Obstbäume, Arbeitsfreunde und weniger Arbeitsfähige zu verstehen eingeladen. Jeder kann und wird seinen Kreislern entsprechend befreit werden. Darum nochmals: Die jeder mit, wer nur einermöglichen kann. Und rege jeder seinen lieben Freund und Nachbar, der weder warm noch kalt ist, an zu tatkräftiger Mitarbeit in und an der Ausstellung. Alle müssen herau! Zeichern soll und muß in Ehren befehlen!

— **(Gemeinschaftsfeier.)** Am Sonntag und Sonntag fand hier Gemeinschaftsfeier statt. Der Zusammenkunft am Sonntagabend, zusammengeführt aus Wulfstorf und einer nach Hunderten zählenden Schar Lampen und Jacken tragender Erwachsenen und Kinder, der einen schönen farbenprächtigen Anblick. Am Sonntag zogen unter Marschläuten 600 festlich gekleidete Kinder nach dem Schützenplatz, wo sie sich bei Stern- und Vogelweihen dem Fest machten. Für die Erwachsenen gab es Preisfesten, Tombola, Blumenverlosung usw. Umständliche Veranstaltungen am Nachmittag und Abend waren gut beliebt.

— **Voranschläge Witterung am 13. Sept. 1921.** Bewölkt, kühl, wechselnd nach Regenauer.

Unterwieschen. Zum Gedächtnis der dem Weltkrieg um Opfer gefallenen Gemeindegliederlichen wurde am Sonntag hier ein Gedenkmahl einigeweiht. Nach einmündigen Worten des Gemeindevorstehers Eduard fiel die Hälfte des Denkmals. Antonsweicher Eile bezeugten in der Rede, die das Denkmals eine Würde für Wegemart und Zu-

„Bis spät in die Nacht hinein sah die Familie von Waderack überlegend und beratend mit Henry zusammen, die sich so heimlich und abgesehen unter diesen herzenswunden, lieben Menschen wohnt.“
Es wurde beschlossen, daß Henry am anderen Tage zunächst allein heimreisen sollte, um ihren Eltern von allem zu berichten, was sich in den letzten Tagen ereignet und so gewohnt in ihr Leben eingegriffen hatte. Einige Tage später wollte Eduard mit seinem Vater ihr folgen, am gemeinsamen mit Henry Eltern die Schritte zu beraten, die gegen die Gräfin Dymek zu tun waren.

Denn das etwas geschlohen mußte, um das bezagene Mittergut gutzumachen, darüber war der alte Waderack nicht im Zweifel. „Es freut mich besonders für euch Jüngens“, sagte der Vater zu den drei Söhnen, die das ganze noch immer kaum lassen konnten und immer wieder das Schriftstück von Hand zu Hand geben ließen: „Ihr könnt nun eure Kräfte an größeren Aufgaben erproben — für Mutter und mich hätten wir ja doch gern gehabt, aber ein fortgeschrittenes Alter ist doch auch ihr schon nicht mehr Glückselig, wenn wir euch Dymek's Mittergut immer vermisst haben.“

„Und wir brauchen nicht solange zu warten, Henry“, flüsterte Eduard ihr zu, unter dem Tisch ihre Hand drückend.

Eduard von Waderack aber sah mit glänzenden Augen dabei, ihre sorgenvollen Züge schienen ordentlich verjüngt. „Alles Vermögen aber, das uns etwa wird, ist mit doch nicht so lieb wie meine liebe Schwiegermutter“, sagte sie zärtlich.

Fortsetzung folgt.

Beseuerung des Herbergsvertrages.

Auf Grund des § 13 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Februar und 27. Juli 1921 wird für den Stadtbezirk Teuchern folgende Steuerordnung erlassen:

§ 1.
Wer gewerbsmäßig Zimmer oder Wohnungen in Hotels, Gasthöfen, Gasthäusern, Wirtschaften oder Pensionen an ortsfeste Personen zu vorübergehendem Aufenthalt vermietet, hat an die Stadt eine Abgabe zu entrichten. Diesem sind freigezogene Personen, die in Teuchern im Sinne des § 62 der Reichsabgabenerordnung vom 13. 12. 1919 keinen Wohnsitz haben.

Vorübergehender Aufenthalt liegt dann vor, wenn er 30 Tage nicht übersteigt. Die Abgabe ist für jeden Tag oder jede Übernachtung zu zahlen. Der Bezüge darf durch diese Steuer nicht belastet werden.

§ 2.
Die Abgabe beträgt 10 Prozent des jeweiligen Zimmer- oder Wohnungspreises. Sobald die angegebene Mark 50 Pfennig übersteigt, wird sie als volle Mark gerechnet. Der Magistrat ist berechtigt die Steuer in einzelnen Fällen aus besondern Billigkeitsgründen ganz oder teilweise zu erlassen.

§ 3.
Die Abgabe hat der Vermieter zu entrichten, er haftet der Stadt gegenüber dafür. Er muß sie vom jeweiligen Mieter einziehen und auf der Rechnung unter der Bezeichnung „Beseuerung des Herbergsvertrages“ besonders vermerken.

Keine Abgabe braucht er zu entrichten für solche Mieter, die
a) einen Zimmerpreis für jeden Tag oder jede Übernachtung von 2.— M. und darunter entrichten,
b) in Teuchern Reichs-Einkommensteuer zahlen, auch wenn der Zimmerpreis 2.— M. übersteigt.

§ 4.
Der Vermieter hat ein Fremdenbuch zu führen, in dem er Name, Stand und Wohnort des Fremden, den vor ihm gezahlten Preis und Zahl der Tage oder Nächte, die der Mieter bei ihm gewohnt hat, genau einträgt. Das Fremdenbuch oder eine damit übereinstimmende Auszug, dessen Übereinstimmung mit dem Fremdenbuch der Vermieter mit eigenhändiger Unterschrift zu versichern hat, hat der Vermieter monatlich, und zwar spätestens bis zum 3. des nächsten Monats, für den vorhergegangenen Monat dem Magistrat einzureichen. Dieser berechnet die zu zahlende Abgabe und scheidet dem Vermieter eine Aufforderung zur Zahlung zu. Spätestens 3 Tage nach Eingang der Zahlungsaufforderung muß der Vermieter den zu zahlenden Betrag an die Stadtkasse abführen. Verzögert er die Zahlung schuldhafter Weise über diese Zeit, muß er den doppelten Betrag zahlen.

§ 5.
Der Magistrat behält sich das Recht vor, jederzeit die Fremdenbücher auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Er kann demnach jederzeit von dem Vermieter Einsicht in die Fremdenbücher verlangen.

§ 6.
Jede Zuwiderhandlung gegen die Steuerordnung unterliegt einer Geldstrafe bis zu 30.— Mark.

§ 7.
Diese Steuerordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Teuchern, den 28. Februar 1921.
27. Juli

Der Magistrat. gez. Schillen.

Bescheid.

Die von den städtischen Körperschaften in Teuchern beschlossene Ordnung betreffend die Beseuerung des Herbergsvertrages wird auf die Dauer eines Jahres genehmigt.
Magesburg, den 10. August 1921.

Namens des Bezirksausschusses. Der Vorsitzende.
In Vertretung. gez. Unterschrift.

№. N. 3252

Zu vorstehender Genehmigung spreche ich auf Grund des § 77 Absatz 3 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und der mit dem Erlass des Herrn Minister des Innern und der Finanzen vom 26. Juni 1907 erteilten Ermächtigung meine Zustimmung zunächst auf die Dauer eines Jahres aus mit der Maßgabe, daß aus dieser Zustimmung keine Ansprüche irgendwelcher Art gegen den Staat oder das Reich auf Gewährung des Steuerertrages oder in ähnlicher Beziehung hergeleitet werden können und daß im 2. Absatz des § 3 die Worte „von 2 M.“ und „Zimmerpreis 2 M.“ durch die Worte ersetzt werden „von 5 — fünf — Mark“ und „Zimmerpreis 5 — fünf — Mark“.

Magesburg, den 19. August 1921.
D. R. I. 5587. C.
I 7 7631/21.

Der Oberpräsident.
Im Auftrage: gez. Unterschrift.

Voranzeige!
Hotel zum Löwen, Teuchern.
Dienstag, den 20. Sept. abends 8 Uhr

Kammermusik-Abend

des
Schachtebeck-Quartetts, Leipzig
u. **Augusta Schachtebeck-Sorocoker, Klavier.**
Programm: Quartette von Wo art und Schubert.
Klavierquintett v. Decker.
Eintrittspreis 7.— M. inkl. 2.— M. Steuer.

Hausbesitzerverein Teuchern u. Umgd.
Sonntag, den 17. September abends 8 Uhr.
Monatsversammlung.
Der Verkauf.

Habe mich in Teich, Altmarkt 8

(Herold's Hotel) als

Homöopath. Arzt

niedergelassen.

Dr. med. Hans Schiwepe.

Sprechstunden:

Vormittags 8—11, nachmittags 3—4 Uhr

Sonntags 8—11 Uhr.

Echtiges

Hausmädchen

für sofort gesucht. Köchen nicht unbedingt erforderlich.

Gulke's Delikatessen-

haus, Weikensels la. F.

T. 17. 27.

Wir richten

uns hiermit an das Berliner

Gastspiel-Theater mit der Bitte

die

Lehnen 6 Wochen

nachmalig zur Aufführung zu

bringen.

Mehrere Theaterfreunde

eröffnen

Lautjungen

für nachmittags sucht

Friedr. O. Seidler

Grüner Weg 6.

Alte

Pflaster-

Steine

verkauft preiswert.

Gemeinde Wählt.

Für die vielen dar-

gebrachten Geschenke

und Ehrungen zu un-

serer Hochzeit

dankend herzlichst

O. Pollmann u. Frau

Hedwig geb. Golschinski

Teuchern, d. 12. Sept.

Lichtspiele Weiße Wand

Achtung!

Nur 2 Tage!

Achtung!

Da dieser Film auf j dem Theaterplan steht ist Verfrängerung unmöglich.

Dienstag, den 13. und Mittwoch, den 14. September.

HARRY PIEL

der Liebling des Publikums in seinen großen Sensations- und Abenteuerfilmen.

Die Luftpiraten

in 7 Akten.

Spieldauer 2 1/2 Stunde.

Dieser Film zeichnet sich besonders durch wunderbare Winter-, Sport- und Naturaufnahmen aus. Harry Piel zeigt an Entfaltung alles, was er mir vermag.

Vorführung pünktlich 6.30 u. 8.45 Uhr.

Frühzeitig kommen, sichert einen guten Platz.

Schulleitung, Druck und Verlag von Otto Beyer, Teuchern.

Schützenverein Schortau.

Das diesjährige

Prämienschieszen

findet **Sonntag, d. 18. Sept.** statt.

Die Mitglieder werden gebeten, sich um 2 Uhr

nachm. im Schießstand einzufinden.

Nachm. 4 Uhr ab

B A L L.

Hierzu laden höflichst ein

Regenkolbe, Gastwirt, der Schützenverein.

Eine Wajchfrau **Möbl. Zimmer**
wird angenommen. mit Kost wird für sofort ge-
sucht. Zu erfragen d. Wajch-
Frau Nr. 10.

Berliner

Gastspiel-Theater.

Norddeutscher Hof, Teuchern.

Dienstag, den 13. September

abends **punkt 8 Uhr**

Großer Operettenabend.

Mit glänzender Ausstattung!

Hübliche Tänze! Herrliche Melodien!

Drei alte Schachteln

Operette in 3 Akten.

Musikschlager:

1. Es kann nicht immer Sonnenschein.
2. Na, es geht ja schon wieder so'n bißchen.
3. Ein Mädchenlied, ein Sommertraum.
4. Vom heiligen Krieg zurück kehret.
5. Wajch! wunderbares Doppelspiel njm.

Unter Mitwirkung der Stadtkapelle.

Herzlichsten Dank

sagen wir allen, die an dem Heimzuge un-
seres Horst-Lieblings so innigen Anteil genom-
men haben.

Lehrer Scheibner u. Frau.

Dank.

Für die herzliche Liebe und Teilnahme
beim Hinscheiden unseres teuren Entschlaren-
den des Berginvaliden

Eduard Börner

sagen wir auf diesem Wege allen Nachbarn
u. Freunden sowie sämtlichen Korporationen
unseren herzlichsten Dank. Besonders sei
herzlichst gedankt der Stadtverwaltung von

Teuchern, den 10. Sept. 1921.

Frau verw. Albine Börner
nebst Verwandten.

Dank.

Zurück vom Grabe meiner geliebten Frau

Maria Richter

sagen ich allen denen, die mich durch Kränze
und Geld unterstützt haben, meinen aufrichtig-
sten Dank. Besonderen Dank meinen Haus-
genossen u. Kollegen für treue Hilfe in meiner
bedrängten Lage.

Robert Richter, Gröben.

Todesanzeige.

Infolge eines Nervenleidens verschied meine
liebe, gute, unvergessliche Frau, unsere gute
Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Klara Knebel

geb. Schumann, im Alter von 44 Jahren.
Die Beerdigung fand bereits Sonntag, d. 11.
d. M. in Theissen statt.

Der trauernde Gatte **Otto Knebel.**
Geschwister Schumann Nixditz, Zeitz, Bösau,
Kleinosa, d.

Teuchern, d. 12. Sept. 21.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die sechsmonatliche Fortsetzung 60 Pf. Restzahlung 1.— M.

Abonnementpreis in der Stadt Teuchern dieses Blattes, Belegzahl 10, 1. bis 10. September 1921, 3 Mk. Bestellungen und Abonnements-Anfragen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Einzelhefte Preis: Jedes unserer Einzelhefte 50 Pf., von letzterem kann man sich 600 Pf. und damit den Restbetrag 20 Pf. einzeln zahlen.

Einzelhefte und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Belegzahl 10, auch von unseren Boten und allen Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 108

Dienstag, den 13. September 1921.

60. Jahrgang

Die Jagd nach dem Glück.

Den gewerbsmäßigen Schiebern und Schleichhändlern fließen die Kaufschmarotzer seit der Anhebung der Zwangsarbeit für Lebensmittel doch nicht mehr so stark in die weiten Taschen, wie in den letzten Wochen. Sie sind auf Spekulationen und allerlei Fall Gelegenheiten angewiesen, bei denen der Gewinn nicht immer „tafficher“ ist, sondern es öfters auch eine empfindliche finanzielle Wauflage gibt. Zudem erschwert die feindliche Kaufkraft des Publikums stette Umstände. So haben sich denn die Spekulantien wieder auf das Börsengeschäft geworfen, obgleich sie von dem formidablen Bedenkens des Börsenspiels kaum eine Haftsinnung haben. Aber sie denken, da sie nun einmal durch ihr weites Schiebergenie reiche Venen geworden sind, kommt der nötige Börsenverstand von selbst.

Wohl die Markt einem Krämpf ohne Feine und ohne Arme gleicht, so läßt sich alles, was Geld hat oder Geld aufbringen kann, auf die Aktien und Zinsrentenmärkte, die als Schatzkammer einen ganz anderen Reiz haben, und sucht sich daraus Gewinn zu schaffen. Ein bescheidener Kapitalist mit soliden Grundstücken muß hungern, darum stellt die Treibererlei mit den Aktien an der Börse für viele die rettende Jagd nach dem Glück dar. Die Konjunktur begünstigt diesen Zauber, dieses Gespinnst in dem hohlen Vernehmen Deutschlands, in dem ganze Vermögen auf die eine Karte einer blinden Hoffnung gesetzt werden. Was die Weltkonjunktur in verhältnismäßig kleinem Maßstabe waren, das stellt die Märkte an der Börse in riesigen Größen dar.

Schieber und Schleichhändler waren die Hauptgarden an der Börse, ihnen sind ganze Divisionen von Renten gefolgt, die Besetzung und Auslastungsfähigkeit auf Verbesserung ihrer Lage zu diesem Auge der Wundersitter getrieben haben. Auch wenn man jedem was Weisheit einfließen will, so ist dieses Überdauern doch eine Anglist zu nennen, ein Anglist für die Leute, die sich haben mit fortziehen lassen, und ein Anglist

genauen waren, in der unter Prüfungen mit dem Generalfreier der Kreisregierung der Pfalz ein Ultimatum auf sofortige Freilassung der in Speyer noch verhafteten Kommunisten gestellt wurde. Inzwischen sind die noch Inhaftierten freigelassen worden. Damit ist der beschuldigte Generalfreier gegenstandslos geworden. Es wird aber die Lage der Pfalz dadurch, daß die radikalen Elemente in rühmiger Fühlung mit der französischen Besatzungsbehörde stehen. Die Lage sei für die Pfalz heute gefährlicher als in den Junitagen 1919.

Eine Verordnung der französischen Besatzungsbehörde erklärt, die Speyerer Polizeiamtschaft für abgesetzt, da sie unfähig ist, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Polizeigewalt geht ab 8. September auf die Besatzungstruppen über. Nach den gelobten deutschen Polizeiführer wird geschahet, um sie den französischen Besatzungsbehörden „zur Verfügung“ zu stellen.

Erzählen de Mch.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, verließ die französische Regierung den Provinzial-Beauftragten der Pfalz General de Mch. in Anerkennung seiner „Verdienste“ um die „friedliche Durchdringung der Pfalz“ das Prädikat „Erzählen“.

Neue Ansichten wegen der Sanktionen.

Ein Telegramm des „Petit Parisien“ aus Mainz läßt die Möglichkeit voraussehen, daß die wirtschaftlichen Sanktionen noch nicht am 15. September aufgehoben werden, und zwar weil Deutschland noch nicht in zufriedenstellender Weise auf die Entscheidung des Obersten Rates geantwortet habe. Es sei wahrscheinlich, daß deshalb eine neue Note an die Reichsregierung geschickt werde. Nur alle Fälle wisse man noch nicht, ob Deutschland die Beschlüsse des Obersten Rates ohne weiteres annimmt. Wenn dies bis zum 15. September nicht der Fall sein sollte, würden die getroffenen Maßnahmen beibehalten werden.

Bur Lage.

Die Oesterreicher müssen das Burgenland räumen. Das Burgenland ist wieder vollständig von den Deutschen besetzt worden. Die Bedingungen, welche die internationalen Militärrichtlinien in Ebersburg für die Besetzung gefordert hatten, liegen der Wiener Regierung schließlich keinen anderen Entschluß übrig. Nur schwache Gendarmenabteilungen dürften einen Teil des Burgenlandes besetzen und aus dem anderen, noch in den Händen der Ungarn belassenen, dort, wo die alliierten Offiziere die unbedingte Verantwortung tragen, können manuelle Angriffe bewaffneter Kräfte gegen die Gendarmen und gegen reguläre ungarische Militärs. Dabei stellen zahlreiche Gendarmen unter den feindlichen Gewehr- und Maschinengewehrbesitzern und den heimtücklich geschleuderten Handgranaten. Für die Bekämpfung großer, von Offizieren kommandierter Banden und gar Militärs ist aber die Polizei und gewöhnliche deutsch-österreichische Gendarmen nicht bestimmt und nicht geeignet. Die für das Burgenland eingesetzte provisorische Regierung unter dem Landesverwalter Dr. Daus hat ihren Sitz von Wiener Neustadt nach Wien verlegt, womit jedenfalls kenntlich gemacht ist, daß von dem begonnenen Rückzug nichts mehr zu sehen ist.

Kristi am Böhmenland. Die Neben, die auf der Böhmenlandbesetzung gehalten werden, sind alles andere als Begeisterungssymptome. Raabon schon am ersten Tag der allgemeinen Debatte Branting und Lord Cecil scharfe Worte fallen ließen, wurde der Geist der Kritik in den Neben auf der nächsten Sitzung noch schärfer, besonders in der Rede des Belgiers Constantin, der ein sprechendes Bild von dem Leben der Welt in Kristi entwarf, gegen das der Böhmenland so gut wie nicht getan habe.

Internat. so für die er aus, beschloß Ernd. Sechs Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten, 30 000 Hungernde in Rußland, ein fünfzigtausend Armenen, ein Hunger auf der Georgia, Griechen und Türken worden einander, ohne daß die Welt den Mut hat, einzugehen. Neben finden man von jenen Tendenzen, die die Welt bewegen, nichts im Bericht des Rates. Von dem Bericht selbst stellte der Redner fest, daß der Böhmenland keinen Fortschritt gemacht habe. Die Diskussionen für den internationalen Bericht hat sich nur zögernd eingeleitet. Die Welt ist überfüllt von Missetaten in den Waffen, wie auch bei den Kriegenden. Tiefen Einbruch machte der Redner, als er, auf die mangelhafte Abwicklung kommend, ein Bild des Schreckens einer kommenden Krieges entwarf. Er sprach nach von der Beschuldigung Europas, dessen Gesamtstand er auf über 1000 Milliarden schätzte, die es — nach Vorkriegsverhältnissen gerechnet — kaum in 5 Jahren abtragen könnte.

Es sprach an diesem Tage dann noch Ranken über die Organisation seines Hilfsvereins in Rußland und der Roteser Liga et al. Damit, der die oberste Frage einen empfindlichen Standal nannte.

Der hat Schuld am Versailles Vertrag? Der englische Lord Bryce hatte kürzlich in einer Rede in New York Italien als den schuldigen Teil erklärt für die Zustände, die aus dem Versailles Vertrag entstanden sind. Italien habe Süd-Tirol nicht annehmen dürfen, weil es dadurch das Nationalitätenprinzip verletzt habe. Die Franzosen seien in ihrem blinden Haß gegen das besiegte Deutschland nicht einverstanden, daß ein milderer Friede nicht eintreten könne. Der italienische Senatpräsident Tittoni hat Lord Bryce geantwortet, daß der ganze Vertrag von Versailles eine Reihe von Verträgen gegen das Nationalitätenprinzip sei, doch sei der Vertrag nicht von Italien gemacht, sondern von den Verbündeten, unter denen England die bedeutendste Rolle beim Zustandekommen des Vertrages innehatte. Lord Bryce antwortet darauf und sagt, wenn die Auffassung Tittonis von den übrigen Verbündeten geteilt würde, so bleibe nur eine einzige Möglichkeit übrig, den Versailles Vertrag sobald wie möglich aufzugeben und an seine Stelle einen neuen zu setzen, der allen Nationalitäten die Rechte zurückgibt und sie ihrem Mutterlande wieder zuführt. Die deutsch-amerikanischen Blätter schreiben zu dem Bericht von Lord Bryce, daß sie kein ehrliches Urteil einzu sprechen wüßten, aber der Lord möchte seine Nation nicht begünstigen, der an der Irreführung aller dieses Liebes aus dem Versailles Vertrag die größte Schuld beizumessen sei. England habe nicht allein mitgeholfen, den Vertrag durchzuführen, sondern es habe sich auch bisher gegen jede Abänderung erklärt.

Der französische Finanzminister auf der Steuerfrage. Die französischen Kenner, die in ihrem Lande eine ganz andere und viel größere politische Macht darstellen, wie ihre Kollegen in Deutschland, denn sie geben in so manchen Briefkreisen den Ausschlag, haben bei den Beschlüssen des Rates nicht nur ein Wort nur um neuen Steuern heranzumachen, sondern Deutschland werde mit seiner Kriegskostenabteilung ihnen auch endlich einen Teil der bestehenden Steuern, womöglich sogar alle, abnehmen, sie sind in dieser ihrer Öffnung von allen Ministerpräsidenten in Paris bekräftigt worden. Das ist eine sehr heiklere Entscheidung für die Franzosen, die als Anhänger von „nationaler“ Rente fast alle Kapitalisten sind. Was bei uns der Arbeiter zur Starke trägt, wird in Frankreich in Staatsbanken angelegt, und jede unglückliche Gestaltung derselben wird daher bitter empfunden. So ist denn auch jetzt die Finanzfrage in Paris die erste des Tages, trotz aller Schleiher, die damit beauftragt ist, und obwohl Deutschland sein Ultimatum angenommen hat. Zu einer allgemeinen Debatte der Weltwirtschaft durch Erleichterung der deutschen Lasten kann sich Frankreich deswegen aber doch nicht entschließen.

Die Spanier gehen vor. Die Offensiv der Spanier in Marrocco hat Ende vergangener Woche begonnen. Nach einer „Main“-Meldung aus London haben die Spanier nach zehntägigen Kampf 6000 Mannen, die in der Gegend von Cababona zusammengepackt worden waren in die Hand gefügt. Im Lager der Mauren soll Unheimlichkeit herrschen zwischen den Führern der Karlas. Der Stamm Beni Uruhuel hat sich von den Skablen getrennt. General Berenguer hat den Unterhändlern der Stämme, die sich ergeben wollten, geantwortet, die Skablen müßten alle Munition und Waffen abliefern, die spanischen Truppen würden das Gebiet dann besetzen und nach weiteren Befehlen durchziehen.

Es haben zu früh gebüßelt. Es steht fest, daß den Griechen die Einnahme von Ungarn nicht gelungen ist. Auch ihr strategisches Ziel, die Vernichtung der kemalistischen Armee, haben sie in der zehntägigen Schlacht nicht erreicht. Ein griechischer Heeresbericht kündigt selber nunmehr die „Berlang-Journee“ der weiteren Offensivaktionen an.

Polen. Nach einer Kababombardung aus Warschau haben die Polen ein umfassendes bolschewistisches Komplotz, das in Warschau organisiert worden war, entziffert. In den revolutionären russischen Streit sind ungefähr 20 Verhaftungen vorgenommen worden.

Italien. Nach Mailänder Mitteilungen wurden gestrichen Italien und Spanien auf die Dauer von 6 Monaten ein Handelsverbot abgelehnt.

Frankreich. Zwei Verträge aus Dublin werden die Entscheidung maßgebend für die Einleitung der englischen Regierung zur Konferenz annehmen.



Die 12 000 Mann belgischer Truppen, die sich jetzt der Londoner Konferenz im besetzten Gebiet in Deutschland befinden, und für die eventuelle Besetzung des Ruhrgebietes bestimmt waren, werden am 15. September nach Belgien zurückgeführt.

Rückführung der belgischen Truppen aus den Ruhr-Städten.

Die 12 000 Mann belgischer Truppen, die sich jetzt der Londoner Konferenz im besetzten Gebiet in Deutschland befinden, und für die eventuelle Besetzung des Ruhrgebietes bestimmt waren, werden am 15. September nach Belgien zurückgeführt.

Kritische Verhältnisse in der Rheinpfalz.

Erste Nachrichten liegen aus der Pfalz vor. Den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird mitgeteilt, daß der Ortsausschuß Ludwigshafen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Sozialdemokratischen Parteivorstandes der Pfalz eine Konferenz ab-